Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 269 (1996)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 25.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(vom 16. Mai 1994 bis 15. Mai 1995)

Mit dem Jahrhundertereignis des Zerfalls der *Sowjetunion* vor 5 Jahren ist der bedrohliche Anspruch des Kommunismus auf Weltherrschaft gegenstandslos geworden. Das tollkühne Vorhaben, auf der Basis der Lehren und Rezepte von Marx und Engels neue konzessionslos egalitäre Gesellschafts- und Staatsordnungen der Welt aufzuzwingen, ist im realen Experiment gründlich gescheitert, und die mit Inbrunst von den Kommunisten prophezeite Weltrevolution ist ausgeblieben. Mit Ausnahme von China, Nordkorea und Kuba ist vom militanten Marxismus kaum mehr etwas übriggeblieben.

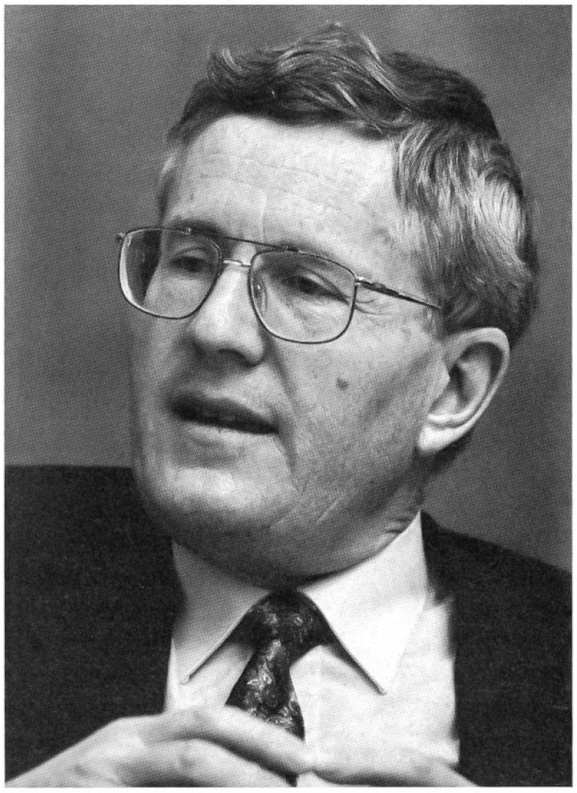
Damit ist auch die Bipolarität der beiden bisherigen Supermächte zusammen mit dem Kalten Krieg zu Ende gegangen, und es entbehrt nicht der Ironie, dass es just die sich gegenseitig unablässig steigernden Formen und Mittel der Bedrohung auf dem militärisch-strategischen Gebiet gewesen sind, welche zwar paradoxerweise einen Dritten Weltkrieg verhindert haben, aber schliesslich die eine der beiden konkurrierenden Weltmächte als Siegerin auf der globalen Wallstatt allein zurückgelassen haben. Der Kollaps der Sowjetunion hat vielen der vormals ihrer Zwangsherrschaft unterworfenen Völker nichtrussischer Nationalitäten ganz unverhofft Befreiung und Unabhängigkeit gebracht, zunächst aber noch nicht einen problemlosen Aufstieg zu dem euphorisch erhofften Wohlstand der westlichen Länder.

Aber trotz den nicht ausgebliebenen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Umstellung von einer rigiden Planwirtschaft auf marktwirtschaftliche Wirtschaftsstrukturen ersehnt nur ein geringer Teil ihrer Bevölkerungen das vormalige System zurück. Die auf der politischen Landkarte neu oder erneut erstandenen freien Länder des europäischen Ostens schielen heute nach dem Westen, wobei manche sich darum bemühen, einerseits des Schutzes der NATO teilhaftig zu werden und andererseits sich möglichst rasch in der einen oder anderen Form in das integrierte Europa einzugliedern. Aussichtsreich erscheint aber eine solche Annäherung an Westeuropa vorderhand mit institutioneller Einbindung nur für die nicht der GUS angehörenden Staaten am Westrand des ehemaligen Ostblocks. Russland hat in vielen der GUS-Staaten, in den Kaukasus-Ländern und in Moldawien die Los-von-Moskau-Bewegung mit unsanftem Druck bereits wieder gestoppt, weil es sich in dieser ihm geographisch vorgelagerten Zone den eigenen Einfluss auch unter den neuen Verhältnissen möglichst ungeteilt reservieren möchte.

Sonderfälle stellen *Belarus* (Weissrussland) und die *Ukraine* dar. Das erstere, neu entstandene Land könnte sich mangels genügender nationaler, in der Geschichte verwurzelter Identität möglicherweise schon in naher Zukunft wieder mit Russland vereinigen. Die politische Entwicklung in diesem nach der Erlangung der Unabhängigkeit wirtschaftlich am meisten darniederliegenden Land im GUS-Verband weist ganz unzweifelhaft nach den letzten Wahlen in dieser Richtung. Der heutige Präsident von Belarus, Lukaschenko, hat bereits einen Militärpakt mit Russland abgeschlossen, und russische Offiziere sitzen in den allermeisten führenden Positionen der Armee. Russisch ist zur zweiten Staatssprache erklärt worden; auf eine eigene Währung wird verzichtet, und die ehemalige sowjetische Landesfahne, allerdings ohne das Emblem von Hammer und Sichel, ist wieder eingeführt! Ganz anders liegen die Dinge in der Ukraine mit ihren über 60 Millionen Einwohnern, die mit ihrem von jeher stark ausgeprägten stolzen Nationalbewusstsein genügend Eigengewicht hat, um sich gegen die von Russland ausgehende Sogwirkung zu behaupten. Die Ukraine hat allerdings nach der Unabhängigkeitserklärung von 1991 unter Krawtschuk einen schlechten Start gehabt; aber seit im vergangenen Jahr dieser ehemalige kommunistische Apparatschik durch den zugriffigeren Managertyp Kutschma an der Spitze abgelöst worden ist, nehmen die lange verschleppten Re-

formen endlich erste Gestalt an. Auch die Schaffung einer von der grotesken Hyperinflation befreiten eigenen Währung ist jetzt in Sicht gekommen. Aber viel mehr noch als in Russland fehlt in der Ukraine das Geld für Investitionen, damit der an sich grosse potentielle Reichtum des Landes genutzt werden kann.

Belastend ist immer noch das gespannte Verhältnis zu Russland. Die vorwiegend russisch sprechende Bevölkerung im Ostteil der Ukraine ist unzufrieden und zeigt Sezessionsbestrebungen. Und auch die vormals zu Russland gehörende Krim-Halbinsel, die seinerzeit von Chruschtschow der Ukraine als Geschenk übereignet worden ist, ist heute ein ständiger innen- und aussenpolitischer Krisenherd. Erschwert wird ein vernünftiger Ausgleich mit Russland auf Kompromissbasis durch die nach wie vor ungelöste Frage der Benutzung der Marinebasis von Sewastopol, nachdem die sowjetische Schwarzmeerflotte zwischen Russland und der Ukraine aufgeteilt worden ist. Auch der Disput über die Energielieferungen aus Russland und deren Bezahlung ist noch nicht befriedigend gelöst. Dazu kommt, dass die Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion zu einer souveränen Atommacht geworden ist. Erwähnung verdient die Tatsache, dass Präsident Clinton auf der Rückreise von der Feier zum Kriegsende in Moskau einen kurzen Besuch in Kiew absolviert hat, bei welcher Gelegenheit er die Ukrainer aufgefordert hat, in ihren gegenwärtigen Schwierigkeiten durchzuhalten und am Weg zu Demokratie und freier Wirtschaft nicht irre zu werden. Daraus darf die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die USA gewillt sind, der Ukraine den Rücken zu stärken, ohne allerdings Russland angesichts dieser Haltung zu provozieren.



Kaspar Villiger
Bundespräsident für das Jahr 1995
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

* * *

Was schliesslich *Russland* betrifft, so hat sich im Berichtsjahr, wenn man von einer spürbaren Verlangsamung der galoppierenden Inflation des Rubels absieht – die Parität steht gegenwärtig bei ca. 5000 Rubel für einen Dollar – noch nichts entscheidend zum Besseren gewendet. Die Bevölkerung leidet weiterhin arge Not und ist hinsichtlich der verfügbaren Kaufkraft zusehends schlechter gestellt. Das dokumentiert sich auch darin, dass radikale Politiker wie Schirinowski oder der nach dem missglückten Putschversuch gegen Jelzin wieder auf freiem Fuss stehende ehemalige Vizepräsident Ruzkoi sich starken Zulaufs erfreuen. Die Kriminalität ist erschreckend im Zunehmen, namentlich auch das Bandenunwesen; und die neu erworbenen Freiheiten werden auf allen Ebenen schamlos missbraucht, wobei mehr denn je die Korruption grassiert. Das Versagen des Staates als Ordnungsmacht ist alarmierend. Die Reformen im Wirtschaftsleben gehen trotz Milliardenkrediten aus dem Ausland immer noch nur zögernd voran. Jelzin sitzt heute unsicherer im Sattel als vor Jahresfrist, und seine Wiederwahl in der 1996 anstehenden Präsi-

dentschaftswahl ist nicht gesichert, wenn er überhaupt noch kandidiert.

Auf aussenpolitischem Gebiet hat inzwischen Russland die nach der epochalen Wende gestrichenen Segel wieder sichtbar hochgezogen. Es sind neue, selbstbewusste Töne zu hören. Aussenminister Kosyrew hat beispielsweise wiederholt daran erinnert: «Wir sind in Europa; aber wir sind auch eine Grossmacht!» Die Renaissance des russischen Nationalismus scheint es Jelzin und seiner Regierung nicht mehr zu gestatten, die europäische Karte ohne Einschränkungen und Tarnung zu spielen. So hat er die Avancen der NATO gegenüber Osteuropa mit Stirnrunzeln quittiert und ohne Umschweife ernst zu nehmende Warnungen an die Adresse der Nachbarstaaten Russlands ausgesprochen, die ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Eine Rückkehr zum aggressiven Imperialismus wird aber offenbar noch nicht gewagt, ist aber nicht auszuschliessen. Angesichts dieser Klimaveränderung im Innern Russlands leidet auch das gute Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, ohne dass aber freilich bis jetzt in die persönlichen Beziehungen zwischen Jelzin und Clinton Frost gefallen wäre. Die direkte Telefonlinie nach Washington wird eifrig benutzt, und die mit westlichen Staatsoberhäuptern in Moskau gemeinsam begangene 50-Jahr-Feier zum siegreichen Ende des Zweiten Weltkriegs im Mai sollte ein Zeichen des Trostes und der Zuversicht setzen.

Russland hat sich aber neuerdings mit seinem Garantie- und Unterstützungsvertrag mit Serbien aussenpolitisch zu einem Alleingang gerüstet, der ostentativ aus dem Konsens im Bosnienkonflikt ausschert. Damit manifestiert Russland ein neues, eigenständiges Interesse am Geschehen im Balkan, wie ehedem die Zaren und die sowjetische Führung das getan haben! Grössere Publizität als diese Kehrtwende hat die militärische Intervention in *Tschetschenien* erhalten, die am 11. Dezember ihren Anfang nahm. Gemäss dem heutigen Stand des Völkerrechts ist die Verhinderung der Sezession eines Teilgebiets eines souveränen Staats durch dessen Zentralregierung rechtens, wenn eine Rebellion mit Gewaltanwendung erfolgt. Dennoch ist die militärische Intervention in Tschetschenien von der Weltöffentlichkeit fast unisono scharf verurteilt worden. Obwohl in einem analogen Fall etwa die USA oder Frankreich in ihrem eigenen Staatsgebiet in extremis wohl nicht anders handeln würden, ist Jelzins abrupter Griff zur militärischen Lösung auch bei westlichen Regierun-

Frieden zwischen Israel und Jordanien
Nach langen Verhandlungen wird Ende Oktober 1994 der Friedensvertrag zur Normalisierung der Beziehungen der beiden Länder abgeschlossen. Unter dem Beifall von US-Präsident Clinton kommt es zum Händedruck zwischen Israels Premierminister Rabin (links) und Jordaniens König Hussein.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

gen nicht gebilligt worden. Was aber vorbehaltlos aus humanitären und prinzipiellen Gründen verurteilt worden ist, das sind die zur Unterdrückung der Aufständischen unnötigerweise zur Anwendung gebrachten brutalen Methoden, die zu grossen Verlusten auch unter der Zivilbevölkerung, namentlich in der Stadt Grosny, geführt haben. Jelzin selbst hat dadurch viel von seinem bisher recht günstigen Image eines vertrauenswürdigen Staatsmannes eingebüsst. Ob seine Position auch innenpolitisch durch das «tschetschenische Abenteuer» dauerhaft geschwächt worden ist, kann noch nicht beurteilt werden; es kann auch das Gegenteil der Fall sein, weil man ihm vielleicht in Russland zugute halten könnte, er habe im Hinblick auf latent vorhandene, andere Sezessionsgelüste innerhalb der Russischen Föderation gar keine andere Wahl gehabt, als hier ein hartes Exempel zu statuieren. Was Jelzin allerdings in Kauf nehmen musste, das war eine neue und andere Spaltung in Regierung, Parlament und Parteien – diesmal zwischen Kriegsbefürwortern und Kriegsgegnern. Dieser Riss verläuft nota bene quer zu den bisherigen Fronten im Zusammenhang mit Jelzins Reformplänen für Staat und Wirtschaft. Der Feldzug in Tschetschenien kommt Russland im übrigen sehr teuer zu stehen, und dies nicht nur wegen der vielen Todesopfer, sondern auch wegen enormer materieller Verluste, war doch Grosny ein überaus wichtiges Zentrum der Erdölraffinerien, von denen Russland bisher einen grossen Teil des Flugzeugbenzins bezogen hatte!

Hohe Diplomatie in Bern
Der russische Aussenminister Andrei Kosyrew (links) und sein deutscher Amtskollege Klaus Kinkel (vorne, mit Brille) treffen sich in der deutschen Botschaft in Bern zu Gesprächen über die Lage in Ex-Jugoslawien.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Ein Parallelfall zu den noch nicht absehbaren weiteren Folgen des Auseinanderbrechens der Sowjetunion bildet die turbulente Geschichte der früheren Föderation von *Jugoslawien,* die durch die Sezessionen ihrer Teilrepubliken heute auf *Serbien* und *Montenegro* zusammengeschmolzen ist. Mit Ausnahme der Konsolidierung von *Slowenien* ist eine Normalisierung noch in weiter Ferne. Besonders tragisch mutet das Schicksal von *Bosnien-Herzegowina* an. Vom Territorium dieser ehemals jugoslawischen Teilrepublik sind nach deren Unabhängigkeitserklärung rund 70% des Territoriums von den Serben, zum Teil mit kriminellen Exzessen, in Besitz genommen worden. Die Kriegshandlungen an den Brennpunkten des verwirrenden Bevölkerungsmosaiks gehen trotz allen internationalen Bemühungen um einen dauerhaften Waffenstillstand und eine für alle Teile akzeptable Friedensordnung immer noch weiter.

Den bosnischen Serben steht mittlerweile eine Koalition der Muslime mit den Kroaten gegenüber, die sich anfänglich ebenfalls spinnefeind gewesen waren, aber zur Konterung der militärischen Übermacht der Serben unter Karadzic schliesslich ein Zweckbündnis geschlossen haben. Die von der UNO in den verschiedenen umkämpften Gebieten von Bosnien stationierte Friedenstruppe hat ihr Ziel, die Kriegsparteien voneinander zu trennen, nur zeitweise und zum Teil erreicht; sie wird isoliert, gedemütigt, direkt angegriffen. Ihre Angehörigen werden sogar als Geiseln genommen. Die Lage wird noch kompliziert durch die Sanktionen gegen Serbien und ein allseitiges Waffenembargo, das durch die UNO beschlossen worden ist.

Ein neuer Teilungsplan ist am 20. Juli von den bosnischen Serben abgelehnt worden, weil diese nicht bereit waren, die ihnen zugemutete Rückgabe eines grösseren Teils des von ihnen besetzten Gebiets zu akzeptieren. Im Dezember gelang es dem amerikanischen Ex-Präsidenten Carter, wenigstens eine temporäre Waffenruhe herbeizuführen. Diese ist zwar nie vollständig respektiert worden, hatte aber doch während vier Monaten eine gewisse Beruhigung zur Folge. Als diese Vereinbarung von den Kriegsparteien übereinstimmend nicht mehr verlängert wurde, flammten die Kämpfe sofort wieder auf. Offensichtlich haben alle Kriegsparteien die Kampfpause lediglich dazu genutzt, sich aufzurüsten und für die bevorstehende nächste Phase militärischer Operationen besser zu wappnen!

Es macht den Anschein, dass den bosnischen Serben zum erstenmal das Gesetz des Handelns entrissen worden ist. Die bosnische Regierung in Sarajewo konnte Terraingewinne melden, während Kroatien anfangs Mai mit einem überraschenden militärischen Coup von den Serben besetztes Hoheitsgebiet der Republik Kroatien in West-Slawonien wieder an sich gerissen hat. Damit hat der kroatische Präsident Tudjman die Absicht erkennen lassen, dass er jene 30% des kroatischen Staatsgebiets, welche in der ersten Phase der militärischen Auseinandersetzungen Kroatien abgezwackt worden waren, wieder zurückerobern will. Daraus lässt sich schliessen, dass nicht nur in Bosnien die Friedensaussichten geringer sind denn je, sondern dass auch überall dort, wo Kroatien und Serbien ausserhalb von Bosnien aufeinanderstossen, mit neuen militärischen Operationen zu rechnen ist!

Die längst offenbar gewordene Erfolglosigkeit der UNO in

Neuer französischer Staatspräsident: Jacques Chirac
Als Nachfolger des abgetretenen François Mitterrand wird im zweiten Wahlgang der Neogaullist Jacques Chirac zum neuen französischen Staatsoberhaupt gewählt.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

solchen internen Konflikten – wie sie übrigens auch beim Flop ihrer Intervention in Somalia zutage getreten ist – führt zu Ratlosigkeit und Resignation. Wegen der desillusionierenden Erfahrungen der Friedensbemühungen der UNO in Bosnien, wo übrigens seit 1992 schon gegen 150 Blauhelme den Tod gefunden haben und alljährlich gegen zwei Milliarden Dollar «verlocht» worden sind, ohne dass bei den Kriegsparteien auch nur der Wille zur Einhaltung irgendwelcher Vereinbarungen festzustellen wäre, wird die Frage jetzt aktuell, ob sich der gigantische Aufwand mit einem stets wachsenden Risiko, dass die UNO auch selber in direkte Kriegshandlungen verwickelt wird, überhaupt noch lohnt. Während die USA für Bosnien von Anfang an keine Blauhelm-Kontingente zur Verfügung gestellt haben, machen neuerdings die Franzosen und die Russen Miene, ihre eigenen Blauhelm-Kontingente von dort abzuziehen. Bald wird die UNO in bezug auf solche aussichtslose Friedenseinsätze schwerwiegende Entscheide grundsätzlicher Art treffen müssen, und dies zumal sie notorisch in argen finanziellen Nöten steckt!

* * *

In *Deutschland* ist am 23. Mai Roman Herzog, bisher Präsident des Bundesverfassungsgerichts, als Nachfolger von Richard von Weizsäcker zum neuen Bundespräsidenten gewählt worden. Ende Mai ist der letzte Staats- und Parteichef der DDR, Erich Honecker, im Exil in Chile verstorben. In den Wahlen zum Bundestag, die am 16. Oktober stattfanden, resultierte ein knapper Sieg der CDU/CSU mit ihrem Koalitionspartner FDP, was Bundeskanzler Kohl eine fünfte Amtszeit ermöglicht. Der Regierungsmehrheit mit 341 Sitzen stehen jetzt 331 Sitze der SPD und anderer Oppositionsgruppen gegenüber. Die FDP hat ihren Krebsgang fortgesetzt; sie ist jetzt nur noch in fünf der 16 Bundesländer im Landtag vertreten, weil sie zusehends mehr Mühe hat, über die Fünfprozenthürde zu kommen. Immerhin war die FDP in Hessen mit nunmehr 9% der

Neuer deutscher Bundespräsident: Roman Herzog
Als Nachfolger des zurückgetretenen Richard von Weizsäcker wird der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, zum neuen deutschen Bundespräsidenten gewählt.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

Stimmen erfolgreich. Der Parteiführer der FDP, Kinkel, hat in dieser Eigenschaft demissioniert, bleibt aber Aussenminister und Vizekanzler in der Bundesregierung. Auf einer Erfolgswelle konnten auch im Berichtsjahr die Grünen reiten. Das wird der Tatsache zugeschrieben, dass sie inzwischen dezidiert von ihrem früher radikalen Kurs abdriften. Obwohl sie an ihrem ökologischen Credo als politische Zielvorgabe für die Zukunft grundsätzlich festhalten, stellen sie sich jetzt auf einen realistischeren Boden, der ihnen offensichtlich mehr Wählergunst einbringt. Das grosse Aufsehen, welches die Grünen mit einer von langer Hand vorbereiteten Massende-

monstration gegen die Überführung eines mit radioaktivem Material gefüllten Spezialbehälters (Castor) vom Atomkraftwerk Philippsburg nach dem Abfallager Gorleben auf der langen Transportstrecke erzielt haben, zeigt, dass die Nutzung der Kernenergie immer noch die Gemüter erregt und offenbar wieder vermehrt vor die Öffentlichkeit getragen werden soll.

In den neuen Bundesländern verzeichnet die Nachfolgepartei der SED in der vormaligen DDR, die neokommunistische PDS, deutliche Nostalgie-Erfolge in jenen Kreisen der Bevölkerung, die sich nach der Wiedervereinigung in Deutschland weniger gut stellen, als das vorher der Fall gewesen war. Unklar ist freilich, ob die auffallende Zunahme von für die PDS abgegebenen Wählerstimmen in erster Linie Proteststimmen sind, oder aber, ob von diesen Wählern allen Ernstes eine Rückkehr des vormaligen Regimes der DDR ersehnt wird. Diesen Wahlerfolgen steht am gegenüberliegenden Pol interessanterweise kein vergleichbares Pendant der extremen Rechten gegenüber. Es handelt sich bei den Rechtsradikalen, die mit zum Teil bewusst kriminellen Handlungen operieren und eine latente Ausländerfeindlichkeit schüren, in Deutschland mehr nur um Rand- und Splittergruppen ohne grösseren Anhang. Auch die Gedenkfeiern zum Kriegsende von 1945 haben in Deutschland erstaunlich viel Einsicht und Besonnenheit zu erkennen gegeben. Wenn es dieses Beweises noch bedurfte, hat das neue Deutschland den demokratischen und moralischen Test der Nachkriegszeit gut bestanden und ordnet sich willig und konstruktiv in den europäischen Integrationskurs ein. Es sind aber doch Anzeichen vorhanden, dass in der Aussenpolitik angesichts der zurückgewonnenen Grösse und Bedeutung des wiedervereinigten Landes das nationale Selbstbewusstsein nicht mehr auf Sparflamme bleibt; aber trotz einigen wieder deutlichen Interessengegensätzen mit anderen Ländern bemüht sich die Regierung Kohl, das Gemeinsame zu betonen, insbesondere im Verhältnis zu Frankreich.

Das wichtigste Ereignis in *Frankreich* waren die Präsidentschaftswahlen. Nachdem zweimal hintereinander mit François Mitterrand für je sieben Jahre die Sozialisten das Staatsoberhaupt stellen konnten, hat diesmal der Gaullist Jacques Chirac, bisher Stadtpräsident von Paris, am 8. Mai im zweiten Wahlgang über den sozialistischen Gegenkandidaten Lionel Jospin mit 52% der Stimmen gesiegt. Chiracs Parteikollege Edouard Balladur, der letzte Premierminister unter Mitterrand, ist im ersten Wahlgang als überzählig aus dem Rennen geworfen worden. Eine Überraschung bot der Rechtsradikale Le Pen, der im ersten Wahlgang auf immerhin 15% der Wählerstimmen kam, im Elsass sogar auf 25%. Nicht angetreten war der langjährige Präsident der europäischen Kommission in Brüssel, Jacques Delors, der wegen seines enormen Bekanntheitsgrades vielleicht in der Ausmarchung gegen Chirac das Pendel zu seinen Gunsten hätte ausschlagen lassen können.

Über das neue Regierungsprogramm war zunächst nur wenig bekannt. Chirac will aber unbedingt den Franken solid halten, das grosse Staatsdefizit und die horrende Verschuldung abbauen, gleichzeitig aber auch die Finanzierung der hochverschuldeten Sozialversicherung sicherstellen. Die positive französische Europapolitik soll, mit inbegriffen die Ziele des Maastrichter Vertrags, fortgesetzt werden; aber dennoch hat Chirac die Möglichkeit eines weiteren Europa-Plebiszits nicht ausgeschlossen. Mit dem Pathos der «Grande Nation» von Anno dazumal erklärte der neue Staatspräsident, dass Frankreich nichts weniger denn «der Leuchtturm für alle Völker der Welt» sein solle. Belastet wird die Ära Chirac allerdings durch die Arbeitslosigkeit, welche mit nach wie vor über 12% schwer zu schaffen macht. Nicht gelöst ist das Problem der Einwanderer aus Algerien und den ehemaligen Kolonien. Und am Horizont zeichnen sich neuerdings wieder Spannungen ab, die den sozialen Frieden bedrohen. Chirac hat sich unmittelbar nach seiner Amtsübernahme mit dem deutschen Bundeskanzler getroffen, um zu dokumentieren, dass das deutsch-französische Zweigespann als erstrangiger Stabilitätsfaktor in den Machtverhältnissen auf dem eu-

ropäischen Kontinent und insbesondere in der EU als verlässliche Konstante gelten darf. Zum neuen Ministerpräsidenten berief Chirac, wie allgemein erwartet, den bisherigen Aussenminister im Kabinett Balladur, Alain Juppé, der ein langjähriger treuer Gefolgsmann von ihm ist und sich schon in mehreren wichtigen Chargen ausgezeichnet hat.

In *Grossbritannien* scheint sich ein Parteienwechsel im Parlament abzuzeichnen. Obwohl sich die Konservativen einmal mehr in den letzten Wahlen in Westminster die Mehrheit zu sichern vermochten, ist jetzt das Pendel der Wählergunst deutlich in der entgegengesetzten Richtung zu schwingen im Begriff. In den meisten Nachwahlen gewinnt Labour vormals konservative Sitze, sekundiert von einer wieder aufstrebenden Liberalen Partei. Und auch die schottischen Nationalisten stehen im Aufwind. Insbesondere die Gemeinde- und Distriktwahlen vom Frühjahr 1995 erwiesen sich für die Tories unter dem Nachfolger von Mrs. Thatcher, John Major, als eine wahre Katastrophe. Ihr Krebsgang geht Hand in Hand mit der fortwährenden, harten Auseinandersetzung im Innern der konservativen Partei über die EU und die Maastricht-Verträge. Der Zusammenhalt der Tories kann im Parlament jederzeit zusammenbrechen, und angesichts einer nur noch hauchdünnen Mehrheit könnte die Regierung Major in der Tat schon bald einmal gestürzt werden. Major laviert um Zeitgewinn, weil er, wenn er im Parlament nicht in Minderheit versetzt wird, noch zwei Jahre Zeit hat zur beliebigen Ansetzung von neuen Parlamentswahlen und je nach der Entwicklung der Stimmung in Grossbritannien auf bessere Wahlaussichten hoffen zu dürfen glaubt. Inzwischen hat aber Labour in der Person von Anthony Blair einen neuen, dynamischen Leader erkoren, der die Oppositionspartei unter Absage an die längst hinderlich gewordenen Lehren von Marx mit einem wieder zuversichtlicheren und kämpferischen Geist zu erfüllen versteht, was gerade auf längere Sicht das Schicksal der Konservativen in Westminster um so mehr besiegeln könnte.

Verheerendes Erdbeben in Japan
Die südjapanische Stadt Kobe wird im Januar 1995 von einem schweren Erdbeben betroffen, dem gegen 5000 Menschen zum Opfer fallen. Unser Bild zeigt eine Bergungsequipe in den Trümmern zerstörter Häuser.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

Major ist ein etwas farbloser Premier. Aber er wirkt besonnen, redlich und vom besten Willen beseelt, aus seiner exponierten Lage das Beste zu machen. Er bedarf spektakulärer Erfolge, um sein blasses Image aufzupolieren; aber solche lassen auf sich warten. Immerhin kann er einen bemerkenswerten Erfolg aufweisen, der ihn über das Tagesgeschehen

Schwere Schiffskatastrophe
In stürmischer See sinkt die estnische Fähre «Estonia» vor der finnischen Südküste, wobei über 900 Passagiere ums Leben kommen. Unser Bild zeigt die Bergung eines der wenigen Überlebenden, die dank Helikopter-einsätzen gerettet werden konnten.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

emporhebt und ehrt. Und zwar ist es unter ihm im Berichtsjahr zu einer unerwarteten Wendung in dem seit vielen Jahren von blutigen Unruhen heimgesuchten Nordirland gekommen, was endlich einen Lichtblick eröffnet. Die IRA, der bewaffnete Flügel der katholischen Separatisten, hat am 23. August überraschend einen Gewaltverzicht erklärt, worauf am 13. Oktober die protestantischen Untergrund-Organisationen ihrerseits sich für eine Waffenruhe ausgesprochen haben. Direkte Gespräche zwischen den Bürgerkriegsfaktionen und der Regierung Major haben begonnen. Es zeichnet sich für Nordirland die Selbstverwaltung mit einem wieder eigenen Provinzparlament ab, wobei inskünftig gewisse administrative Bereiche durch Nordirland und die Republik Irland gemeinsam geregelt werden sollten. Es wird Autonomie angeboten, der politische Anschluss an den unabhängigen Teil von Irland aber nicht, weil die zu zwei Dritteln protestantische Bevölkerung dieser britischen Provinz die Zugehörigkeit zum Vereinigten Königreich als Conditio sine qua non für einen Frieden auf Dauer betrachtet. Wenn Major dieses seit Jahrzehnten eiternde politische Geschwür zu heilen vermag, ist ihm ein verdientes Denkmal gewiss!

* * *

Der Neubeginn, den man sich in *Italien* von der Koalition zwischen der «Forza Italia» unter dem Unternehmer Silvio Berlusconi und der Lega Nord erhofft hatte, führte in der «zweiten Republik» nicht zu politisch stabileren Verhältnissen. Gegen das Jahresende kam es neuerdings zu einer Regierungskrise, weil sich die Partner der Koalition unversöhnlich zerstritten hatten, was im Dezember denn auch prompt zum Abgang von Berlusconi führte. Präsident Scalfaro weigerte sich, die von Berlusconi geforderten Neuwahlen auszuschreiben, worauf der vormalige parteilose Finanzminister Lamberto Dini mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Es handelt sich diesmal um ein aus Experten zusammengesetztes Kabinett, das sich hauptsächlich die Lösung von vordringlichen finanzpolitischen Reformen zum Ziel gesetzt hat. Erst nachher sollen Neuwahlen angeordnet werden. Die Regionalwahlen vom 29. April haben einen starken Aufwind der Linken gezeigt, wobei die PDS mit landesweit 25% des Stimmenanteils die Forza Italia von Berlusconi mit noch 23,3% auf den zweiten Platz verwies. Die exfaschistische Nationale Allianz konnte 14,9%, die Volkspartei 7,3% und die Lega Nord nur gerade 6,9% der Stimmen buchen. Das Parteienkarussell wird sich somit zwischen links und rechts weiterdrehen wie gehabt, wenn auch die vormals etablierten Parteien der ersten Republik von der Bühne abgetreten sind.

Am 2. Mai hat in Caltanisetta endlich der Mafia-Prozess, der durch den Mord an Richter Falcone ausgelöst worden ist, begonnen. Hauptangeklagter ist der 1993 verhaftete oberste Chef der Cosa Nostra, Salvatore Riino, neben 40 Mitangeklagten. Hunderte von verhafteten Mafiosi haben für die Beweisführung wichtige Aussagen gemacht (sog. pentiti). Rund 8000 Mafiosi sitzen bereits hinter Gittern. Hingegen lässt der Prozess gegen den mehrfachen Ministerpräsidenten Andreotti, welcher der Begünstigung, wenn nicht Mittäterschaft im Umfeld der mafiosen Untergrundorganisationen in Sizilien und Unteritalien angeklagt ist, auf sich warten; die Gründe dieser Verzögerung sind nicht bekannt.

In den *Vereinigten Staaten* ist die Stellung von Präsident Clinton dadurch geschwächt, dass er sich jetzt einem Kongress gegenübersieht, welcher in beiden Kammern von der Gegenpartei beherrscht wird. Das Wahlglück hat sich auch hinsichtlich der Bestellung von Gouverneuren in den Einzelstaaten wieder zugunsten der Republikaner gewendet. Clinton hat nur noch bei jenen Punkten seiner Wahlplattform eine Erfolgschance, die auch von der Opposition unterstützt werden. Bereits ist das weit ausholende Sozialprogramm, das Clinton den Händen seiner Gattin anvertraut hatte, gescheitert. Und von einem massiven Abbau des horrenden Staatsdefizits bei gleichzeitigen fiskalischen Konzessionen spricht selbst er nicht mehr. Immerhin hat Clinton in der Aussenpolitik, welche vor seiner Wahl nicht als seine Stärke galt, wenn man vom Flop der Intervention amerikanischer Friedenstruppen in Somalia absieht, eine recht gute Figur gemacht. Die USA steuern keineswegs einer neuen Ära des Isolationismus zu, versuchen aber ihr Engagement als Supermacht und selbstberufener Ordnungshüter in der Welt zu reduzieren und auf für die amerikanischen Interessen entscheidende Brennpunkte zu konzentrieren. Zu den von der amerikanischen Aussenpolitik noch bevorzugten Gebieten gehören jetzt der Nahe und Mittlere Osten, die Pazifikregion und die Länder des eigenen Kontinents, namentlich die Karibik und Mexiko. Aufrechterhalten wird eine weiterhin gute Beziehung zu Russland unter dem dort innenpolitisch bedrängten Jelzin. Auf der anderen Seite ist auffallend, wie unter Clinton gegen unfaire Handelspartner oder als international subversiv betrachtete Regierungen jetzt des öfteren mit den rabiaten Druckmitteln von Embargos und Handelskriegdrohungen agiert wird. Es sind nicht nur weiterhin Irak und Libyen und wiederum auch Iran, sondern neuerdings auch China und Japan so behandelt worden. Eher sonderbar mutet demgegenüber an, dass zwar Kuba immer noch boykottiert

Bombenanschlag in Oklahoma City
Dieses Attentat auf ein Bundesgebäude im amerikanischen Oklahoma City riss gegen 200 Menschen in den Tod. Die Täterschaft wird in rechtsradikalen Kreisen vermutet.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

bleibt, aber jetzt illegale Flüchtlinge zur See abgefangen und den kubanischen Behörden ausgeliefert werden; lediglich in bezug auf die auf der Militärbasis Guantanamo internierten Emigranten ist noch eine Ausnahme gewährt worden.

Im Februar und März kam es auf den internationalen Finanzmärkten wieder einmal zu einem dramatischen Wertzerfall des Dollars, der bis auf einen absoluten Tiefstand von Fr. 1.11 absank und sich seither nur wenig erholte. Im Verein mit dieser Baisse geriet das internationale Währungsgefüge in Unordnung mit starken Abwertungen der weicheren europäischen Währungen, während der Schweizer Franken einmal mehr zu einem alles andere als willkommenen Höhenflug ansetzte. Der Gründe für den Absturz des Dollars sind viele, und diese sind schon lange allgemein bekannt: astronomische Haushaltdefizite mit entsprechenden Aufstockungen der Verschuldung, was auch unter Clinton nicht korrigert worden ist, während gleichzeitig die Sparquote völlig ungenügend bleibt. Es handelt sich offensichtlich um eine nicht nur temporäre, sondern vielmehr längerfristige Vertrauenskrise gegenüber der vormals verlässlichen «Leitwährung» in der Welt. Wahrscheinlich hat das im Dezember in Mexiko plötzlich ausgebrochene Finanzschlamassel mit seinen besorgniserregenden Auswirkungen auf die als aufstrebend betrachteten Schuldnerländer der Dritten Welt (sog. emerging markets) als mittelbarer Auslöser gewirkt. Zur Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit musste im Februar nämlich Mexiko, namentlich seitens der USA und des Internationalen Währungsfonds, mit beispiellosen Milliardenbeträgen unter die Arme gegriffen werden.

Ein wichtiges politisches Geschehen ist schliesslich noch in bezug auf die europäische Integration im Rahmen der EU zu registrieren: Im Berichtsjahr sind aus den bisher 12 Mitgliedern der EU in rascher Folge deren 15 geworden, indem der mittlerweile ausgehandelte Beitritt von drei weiteren europäischen Ländern in nationalen Volksabstimmungen gebilligt worden ist. Mit überwältigendem Mehr erfolgte am 12. Juni die Zustimmung von *Österreich,* am 16. Oktober stimmte *Finnland* und am 13. November auch *Schweden* zu. Hingegen lehnte *Norwegen* den Beitritt zur EU mit 52,3% Nein-Stimmen am 23. November ab. Die Osterweiterung der EU ist trotz grossem Interesse dieser Länder noch nicht aktuell, wohl aber sind schon mehrere von ihnen inzwischen in den Europarat in Strassburg aufgenommen worden. 1995 ist in der europäischen Kommission in Brüssel die Amtszeit ihres Präsidenten Delors abgelaufen; er wurde nach einem längeren Seilziehen um eine Grossbritannien nicht genehme belgische Nachfolge letzten Endes auf Grund eines Kompromisses durch den Luxemburger Jacques Santer ersetzt.

* * *

Was die *Schweiz* anbelangt, so hat sich die Überwindung der stärksten Rezession seit Kriegsende langsam, wenn auch mit wachsender Deutlichkeit im Berichtsjahr bewahrheitet. Insbesondere sind die negativen Zahlen der letzten Jahre hinsichtlich des Wachstums des Sozialprodukts aus der Statistik jetzt verschwunden, und die Arbeitslosigkeit geht langsam zurück. Dafür aber ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Begriff anzusteigen. Mit wenigen Ausnahmen stimmen die neueren Wirtschaftsdaten jetzt zuversichtlicher. Die Teuerung, bis zum Inkrafttreten der Mehrwertsteuer zu Jahresbeginn 1995 minimal, hat seither gegenüber dem vorherigen Tiefstand um nur etwa 1–1,5% angezogen; sie ist bisher hinter den Prognosen zurückgeblieben. Befürchtungen werden aber vor allem seitens der Exportindustrie, noch mehr aber seitens der auf den Tourismus bezogenen Erwerbszweige, hinsichtlich des immer noch nicht abgebremsten Höhenflugs des Aussenwerts des Frankens gehegt. Von der Preisseite her beginnt die schweizerische Konkurrenzfähigkeit spürbar behindert zu werden.

Das Bundesdefizit 1994 hat um 1,9 Mrd. besser abgeschlossen als budgetiert, was aber gemäss Finanzverwaltung nicht auf eine Trendwende, sondern vielmehr auf «Sonder-

faktoren und Verzerrungen» zurückzuführen sein soll. Trotz aller Bemühungen bleibt nämlich der Plafond des Defizits auf rund 4 Mrd. p.a. stehen! Die PTT wies für 1994 einen Gewinn von 303 Mio. aus, wovon der Bundeskasse 270 Mio. zugeflossen sind. Aber der Postbereich hat einen Verlust von 222 Mio. verzeichnet; das günstige Gesamtresultat der PTT ist ausschliesslich einem Milliardengewinn der Telecom-Sparten zu verdanken! Demgegenüber fahren die SBB zusehends grössere Verluste ein, für 1994 nun nicht weniger als 198 Mio. Das hat für das laufende Jahr eine Katastrophenstimmung herbeigeführt. Das SBB-Budget 1995 ist deshalb durch ein Notbudget ersetzt worden, in welchem bedeutende Liegenschaftenverkäufe und grössere Kürzungen des Sachaufwands figurieren. Stark rückläufig ist immer noch der Güterverkehr, und wegen der Tarifaufschläge auf Grund der Mehrwertsteuer kommt jetzt auch der Personenverkehr zu Schaden.

Erste schweizerische Militärpilotinnen
Sibylle Meier, Ines Meier, Katja Stucki und Annette Müller (von links nach rechts) haben ihre Ausbildung abgeschlossen und sollen künftig als Helikopterpilotinnen eingesetzt werden. Im Hintergrund ein Helikopter «Alouette III» der Schweizer Armee.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

In der politischen Arena fällt auf, dass sich die Probleme immer mehr türmen, die Lösungskapazität aber hintennach hinkt – ein untrügliches Zeichen dafür, dass die institutionellen Strukturen des Staates nicht mehr auf der Höhe der Anforderungen der Zeit sind und ein dringender Nachholbedarf an Reformen vorhanden ist. Namentlich erweisen sich auch die Methoden und Spielregeln von Regierung und Parlament sowie hinsichtlich der Volksrechte heute als allzu zeitraubend und hinderlich, um speditive Entscheidfindungen und eine rationellen Erledigung aller anstehenden Sachgeschäfte zu erlauben. Es ist kein Wunder, dass nach dem Scheitern des letzten Anlaufs zu einer Totalrevision der Bundesverfassung einmal mehr am Grundgesetz der Eidgenossenschaft herumlaboriert werden soll. Die Gesetzesrevisionen jagen sich im Wettstreit mit einer Schwemme von Initiativen, die für den einzelnen Bürger zu einem verwirrenden «Jekami» geworden sind. Und mit dem Instrument des Referendums wird oft dort, wo das Parlament sich endlich zu Kompromissen in delikaten Weichenstellungen zusammengerauft hat, das Spiel abgepfiffen. So wird nicht selten der Status quo auch dort, wo er keinen Sinn mehr macht, verlängert oder verewigt!

Im Jahresverlauf kam es zu mehreren Urnengängen: Am 12. Juni wurde das sog. Blauhelm-Gesetz, das eine Beteiligung der Armee an Friedenseinsätzen der UNO ermöglichen sollte, mit einer Mehrheit von 57,2% abgelehnt. Gleichentags wurde auch die erleichterte Einbürgerung von in der Schweiz aufgewachsenen jungen Ausländern sowie ein Kul-

turförderungsgesetz verworfen. Am 4. Dezember votierte der Souverän überwältigend zugunsten einer Verschärfung des Ausländerrechts, akzeptierte aber knapp die Revision des Krankenversicherungsgesetzes, während eine Initiative der SPS und der Gewerkschaften «für eine gesunde Krankenversicherung» mit 76% der Stimmen wuchtig bachab geschickt wurde. Der Urnengang vom 12. März schliesslich galt landwirtschaftlichen Themen nebst der sog. Ausgabenbremse. Der neue Landwirtschaftsartikel wurde knapp mit 50,8% der Stimmen verworfen, der Milchwirtschaftsbeschluss mit 63,4% Nein und der vorgeschlagene Solidaritätsbeitrag mit 66,4% Nein. Dieses dreifache Nein wird so interpretiert, dass es sich um eine Quittung der heute grossmehrheitlich nicht mehr bäuerlichen Bevölkerung der Schweiz für die unbeliebt gewordene bisherige Landwirtschaftspolitik handle. Das Resultat ist aber nicht als Absage an eine Neuordnung derselben auf marktwirtschaftlicher Grundlage mit kompensierenden Direktzahlungen an die Bauern zu betrachten. Die Ausgabenbremse, mit welcher sich das Parlament in bezug auf unbedachte Ausgabenbeschlüsse gewissermassen selbst bevormunden will, kam erfolgreich über die Abstimmungshürde.

In der ersten Woche der Wintersession fanden im Parlament wie üblich die Wahlen für die Honoratioren statt. Zum neuen Präsidenten des Nationalrats wurde Claude Frey (FDP, Neuenburg) erkoren, als Vizepräsident Jean-François Leuba (lib., Genf). Im Ständerat beliebte Niklaus Küchler (CVP, Obwalden) als Ratspräsident, Otto Schoch (FDP, Appenzell a.Rh.) als Vizepräsident. Eine Woche später wählte die Vereinigte Bundesversammlung Bundesrat Kaspar Villiger (FDP) zum Bundespräsidenten für 1995, der nicht zuletzt wegen seiner Verdienste um die Armeereform 1995 mit einem Glanzresultat bedacht wurde; zum Vizepräsidenten wurde Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz (FDP) gewählt. Die diesjährige Konstellation des Turnus hat zufällig bewirkt, dass 1995 vier Freisinnige die obersten Chargen des Bundes besetzen.

In den Aussenkontakten stehen nach wie vor die Beziehungen zur EU im Vordergrund. Die nach der Ablehnung der Teilnahme am EWR in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 notwendig gewordenen bilateralen Verhandlungen mit Brüssel, um wichtige, wirtschaftsrelevante Punkte im Sinne einer künftigen Koordination miteinander zu regeln, haben ihren Anfang genommen. Zunächst werden die weniger kontroversen Vertragsbereiche behandelt. Am meisten Differenzen sind vorhanden hinsichtlich einer Regelung von Verkehrsfragen sowie auch hinsichtlich der Freizügigkeit im Personenverkehr. Beim letzteren Thema, weil die bisher autonome Ausländer- bzw. Einwanderungspolitik der Schweiz betroffen wird, beim ersteren, weil die Schweiz die Zulassung von Lastwagen mit 44 Tonnen auf ihrem Strassennetz nicht zugestehen will und auf dem Verlad auf die Schiene beharrt. Anderseits will die EU der Swissair die Aufnahme von Passagieren bei Zwischenlandungen im EU-Raum nicht erlauben. Die Verkehrsverhandlungen werden neuerdings belastet durch die späte Erkenntnis, dass die NEAT, nachdem die Nord-Süd-Achse keine Rentabilität verspricht, nicht in der vorgesehenen Weise finanziert werden kann. Die Frage stellt sich auch, ob bereits abgeschlossene Staatsverträge durch schweizerische Abstimmungsentscheide rechtsunwirksam werden können oder nicht. Die EU zeigt sich entgegenkommend, sitzt aber bei allen Verhandlungspunkten real an einem sehr viel längeren Hebelarm, wenn es um gegenseitige Konzessionen geht.

* * *

Der *Kanton Bern* hat trotz massiver Sparmassnahmen in der Staatsrechnung mit einem Defizit von 253 Mio. (Vorjahr: 258 Mio.) aufgewartet, wobei die Rückstellungen für die Dezennium-Finanz AG aus dem Kantonalbankdebakel nicht berücksichtigt sind. In einem Bericht «Bernische Agrarstrategie 2000» hat der Regierungsrat jene Massnahmen bezeichnet, die vorrangig zur Unterstützung vieler einkommensgefährdeter Landwirtschafts-

betriebe umgesetzt werden sollen. Damit soll deren Befürchtungen auf Grund der Lasten der GATT-Regeln entgegengetreten werden. Verschiedene Direktzahlungen zugunsten der Berg- und Hügelbauern sind erhöht worden, und die Berner Regierung hat den Bundesrat aufgefordert, die Finanzen bereitzustellen, um die Einbussen der bäuerlichen Einkommen auf Grund des GATT auszugleichen. Seit September liegt das Gesetz über das bäuerliche Boden- und Pachtrecht, welches eine Ausweitung des Geltungsbereichs der bisherigen Bestimmungen im Berggebiet vorsieht und neu ungefähr 1000 kleine Heimwesen zusätzlich den Schutzvorschriften unterstellt, jetzt vor dem Grossen Rat.

Räumung der Drogenszene am Letten in Zürich
Bereits am Tag vor der vorgesehenen Räumung war das Areal am ehemaligen Bahnhof Letten wie leergefegt. Die Drogenabhängigen sind untergetaucht oder wurden in ihre Wohn- oder Heimatgemeinde zurückgeschafft.
(Foto: Weltwoche Bildarchiv, Zürich)

Am 12. Juni gelangte die Initiative «Für einen patientenfreundlichen Medikamentenbezug» zur Abstimmung. Diese wollte verhindern, dass die Ärzte in bevölkerungsdichten Gebieten weiterhin Heilmittel in Selbstdispensation abgeben dürfen. Die sich in ihrer Existenz gefährdet fühlenden Apotheker haben sich in der Abstimmung gegen den Interessenstandpunkt der Ärzte erfolgreich durchgesetzt. Für den Bau einer S-Bahn-Station Ausserholligen SBB und Verbesserungen der Gleisanlagen wurde ein Verpflichtungskredit von 19 Mio. gutgeheissen, ebenso eine Sanierung und Erweiterung der Schweiz. Ingenieur- und Technikerschule für Holzwirtschaft in Biel. Am 24. September stimmte der Souverän auch einem Beitrag von 10,45 Mio. an das Sozialtherapeutische Zentrum in Kirchlindach zu, während beim gleichen Urnengang die Volksinitiative und der Gegenvorschlag des Grossen Rats betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländer in kantonalen und kommunalen Angelegenheiten im Verhältnis von 3:2 eine Abfuhr erlitten haben.

Auch im Kanton Bern macht sich die sich langsam verbessernde Konjunkturlage bemerkbar, und die Sparmassnahmen sind nicht spurlos an den Rechnungsabschlüssen vorbeigegangen. Zahlreiche Gemeinden zeigen bedeutend bessere Rechnungen für 1994 als zuvor. Aber es wird befürchtet, dass der Kanton angesichts seiner eigenen angespannten Finanzlage vermehrt dazu übergehen könnte, sich auf Kosten der Gemeinden zu entlasten. Die Gemeinden erachten vor allem die geplante stärkere Belastung mit Beiträgen an die AHV/IV als untragbar.

Entsprechend dem Turnus ist Mario Annoni am 6. Juni 1994 Regierungspräsident des Kantons Bern für 1994 geworden. Am 10. Mai 1995 war wieder Wahltag im Grossen Rat: Dori Schaer (SP) wurde zur Regierungspräsidentin für 1995 erkoren; allerdings nur mit 123 von 188 möglichen Stimmen. Hingegen erzielte der neue Vizepräsident, Hans Lauri (SVP), mit 164

NEAT am Lötschberg
Die Aktion «Pro Frutigtal» und die betroffene Bevölkerung wehren sich für den Niesenflankentunnel mit Autoverlad ab Heustrich.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Stimmen ein gutes Resultat. Neuer Präsident des Grossen Rats wurde Guy Emmenegger (FDP) mit sogar 169 Stimmen. Zu einem Geplänkel kam es bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten, Roland Seiler (SP), der nur gerade 102 Stimmen auf sich zu vereinigen vermochte. Es ist ihm vorgeworfen worden, er habe es an Ritterlichkeit fehlen lassen und einer Frau, nämlich der auch im Gespräch gestandenen Verena Kauert aus Spiez, die Chance verpatzt. Anstandslos wurde hingegen der erste Vizepräsident des Grossen Rats, Christian Kaufmann (CVP), mit 169 Stimmen gewählt.

* * *

Zuletzt noch ein Blick auf die *Stadt Bern:* Zur Förderung des öffentlichen Verkehrs – vorab für die Pendler – stimmte der Stadtberner Souverän einem Beitrag von 6 Mio. an die vom Kanton zu erbauende S-Bahn-Station Ausserholligen zu, ebenso für einen vierjährigen Versuchsbetrieb einer neuen, tangentialen Buslinie von Niederwangen nach Weyermannshaus mit einem Kredit von 7,4 Mio. Nachdem am 3. Juli auch die dritte Budgetvorlage der Stadtregierung und des Stadtrats wiederum von der Stadtberner Stimmbürgerschaft mit grossem Mehr abgelehnt worden ist, wurde der Gemeinde Bern von der Kantonsregierung die Festsetzung eines Steuersatzes von 2,4 befohlen. Es ist dies das erstemal, dass die Stadt Bern vom Kanton bevormundet werden musste! Abgelehnt wurde am 25. September auch die Erhebung eines zusätzlichen Stromrappens zur Finanzierung von Alternativenergien. Am 4. Dezember ist das vom RGM-Gemeinderat vorgelegte Budget 1995 ebenfalls abgelehnt worden, worauf es dann aber am 12. März schliesslich – allerdings im Rahmen einer Variantenabstimmung – mit einem tieferen Steuersatz von 2,3 gutgeheissen wurde. Das budgetierte Defizit der Stadt Bern beläuft sich jetzt auf 44,2 Mio. Nachdem über dieses innert 16 Monaten nicht weniger als fünfmal abgestimmt werden musste, stellt sich unabweisbar die Vertrauensfrage gegenüber den amtierenden Berner Behörden.

Ein Dauerbrenner in Bern ist nach wie vor das skandalöse Schicksal der Reithalle bzw. des «autonomen Jugend- und Kulturzentrums» dieses Namens. Trotz der Finanzmisere haben der von RGM-Exponenten beherrschte Gemeinde- und Stadtrat versucht, dieses Schandmal im Berner Stadtbild mit millionenschweren Krediten zu sanieren, statt es abzubrechen. Es ging zunächst darum, die dortige Ansammlung von alten Wohnwagen mit ihren Bewohnern nach Hinterkappelen auszusiedeln, was aber wegen ungeschickter Verhandlungen der Stadtbehörden die längste Zeit nicht gelingen wollte und viel böses Blut machte.

Hans Rudolf Böckli